

Entspannen auf dem Felix-Platter-Dach

Genossenschaften werden auch den Erhalt des vom Abriss bedrohten Spitalbaus prüfen

Von Franziska Laur

Basel. Das Felix-Platter-Spital polarisiert. Die einen finden den lang gezogenen Bau hässlich, die anderen sind begeistert. Häufig ist es Liebe auf den zweiten Blick. Das Gebäude wirke zunächst spröde, sagte Christof Wamister, Präsident des Basler Heimatschutzes. Doch wenn man genau hinschaue, so sei zu sehen, dass es ein lichtdurchfluteter Bau mit interessanter ornamentaler Fassade sei.

Der Heimatschutz hat daher Rekurs gegen den Entscheid der Regierung eingereicht. Diese hat nämlich entschieden, auf den Erhalt des Felix-Platter-Spitals samt den zwei Schwesternhäusern zu verzichten. Dies, damit die Genossenschaften, denen man das Areal übergeben will, rasch und ohne Einschränkungen 500 neue Wohnungen planen könnten.

Sympathien für den Erhalt

Die Wohnbaugenossenschaften drängen jedoch keineswegs auf Abriss. Wie Jörg Vitelli, Präsident der WBG Nordwestschweiz, sagt, hege er gewisse Sympathien für den Erhalt des Spitals. «Es ist eine Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses», sagt er. Wenn man ein solch grosses Gebäude beginne umzubauen, kommen die Erdbebensicherheit und der Brandschutz hinzu. «Man muss genauer hinschauen, was und wie man es nutzen kann.» Vitelli ist auch engagiert in der neu zu gründenden Wohnbaugenossenschaft wohnen&mehr. Am 22. Juni 2015 soll die Gründungsversammlung stattfinden. Das Felix-Platter-Areal biete das Potenzial für ein lebendiges, durchmischtes «Quartier im Quartier», argumentieren die Initianten. Die Baugenossenschaft wohnen&mehr werde ein Konzept mit zwei Varianten vorlegen: Eines beinhaltet den Erhalt und die Umnutzung der bestehenden Bauten.

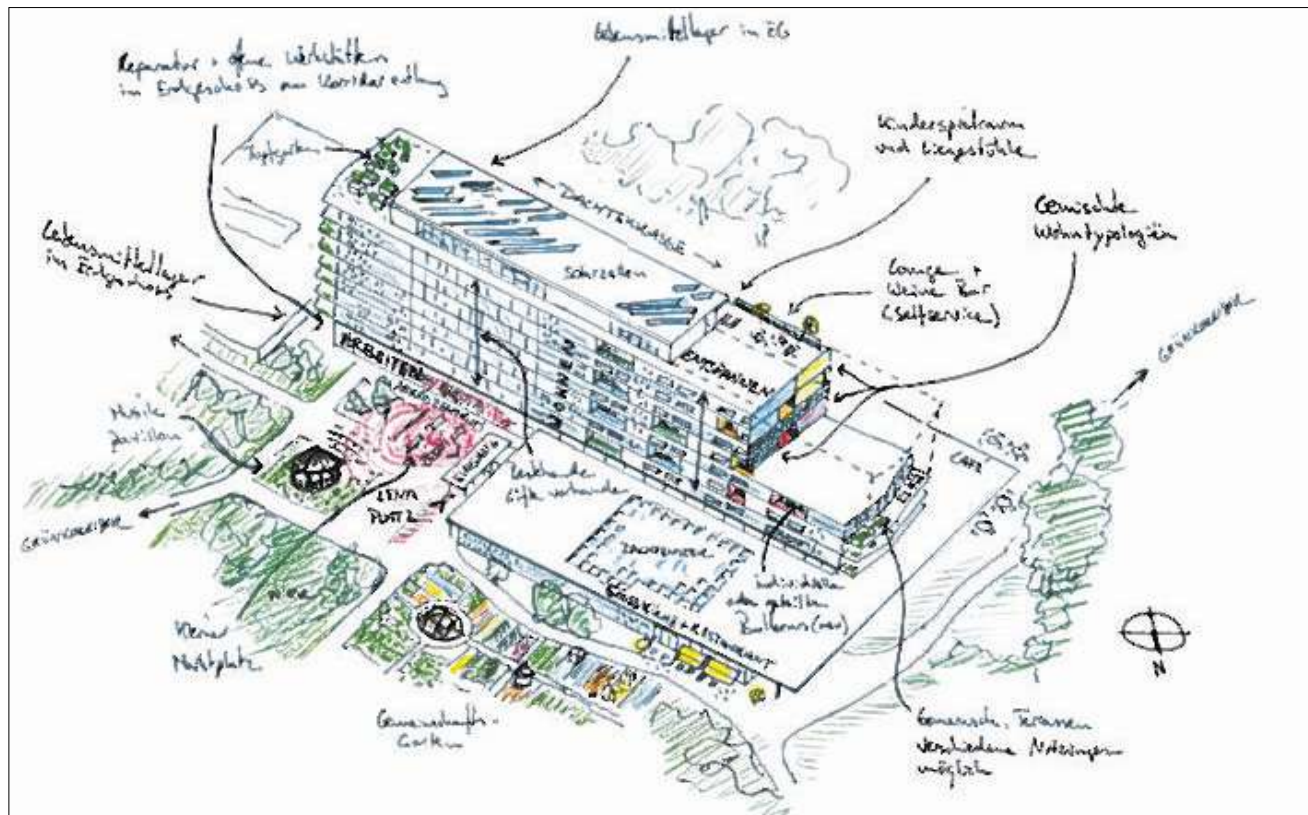
«Ich finde den Entscheid der Regierung nicht schlecht», sagt Vitelli. Sie lasse offen, ob man den Bau abreißen wolle oder nicht. «Machbar ist ein Erhalt des Gebäudes schon.» Doch es sei nicht der Sinn der Sache, wenn man danach einen Mietzins über den Marktpreisen verlangen müsste. Für den Erhalt des Gebäudes spreche, dass man dort Raum für Wohnungen wie auch für Infrastruktur habe. «Es wird sicher auch zusätzlichen Bedarf an Schulraum geben. Diesen könnte man im jetzigen Spital unterbringen», sagt Vitelli. Am 19. Mai habe man mit Immobilien Basel-Stadt eine Sitzung, wo man mehr über die Rahmenbedingungen erfahre.

Platzsparend und doch geräumig

Viele Ideen, was man mit dem Felix-Platter-Bau anstellen könnte, hat die Genossenschaft LeNa (Lebenswerte Nachbarschaft). Initiant Roger Portmann spricht von einer multifunktionalen Nachbarschaft, wo man gemeinsam die Infrastruktur in einem Mikrozentrum gestalten kann. In einem solchen System würde man viel Energie sparen,



Verkannte Schönheit. Einige Fachleute bezeichnen das Felix-Platter-Spital als architektonische Perle. Foto Roland Schmid



Solarzellen und Musikpavillon. Gemeinsam statt einsam: Das schwebt der Genossenschaft LeNa vor. Graphik Wouter Homs

da man gewisse Bereiche teile. «So könnte man in einigen Wohnungen auf Gästezimmer, Küche oder Waschküche verzichten und diese gemeinschaftlich einrichten», sagt er. So entsteht sozialer Kontakt und Ressourcen werden gespart. «Das gibt doch ein aristokratisches Gefühl, trotz wenig Platz in der eigenen Wohnung eine grosse Küche, Gästezimmer und einen Whirlpool zur Verfügung zu haben. Wir müssen Inseln schaffen», sagt Portmann.

Im Vorstand dieser neu geschaffenen Genossenschaft seien auch ältere

Leute vertreten. «Im Alter macht man sich mehr Gedanken, wie das Wohnen aussehen könnte. Auch Themen wie Einsamkeit sind dann vordringlicher», sagt der 40-Jährige.

So existieren auf einer Skizze schon einige Ideen, wie ein solch geselliges Zusammenwohnen aussehen könnte: Mit einer Entspannungszone auf dem Dach mit fantastischer Aussicht, Kinderspielraum und Liegestühlen, Wohnungen, einer Bäckerei und vielem mehr. «Der Fantasie sind ja keine Grenzen gesetzt», sagt Portmann.

Wie alles anfang

Weil das Bürgerspital im Jahr 1890 völlig überfüllt war, wurde ein zusätzliches Hospital mit 120 Betten an der Burgfelderstrasse in Betrieb genommen. Im Jahr 1956 wurde es Felix-Platter-Spital genannt, und die Planungsarbeiten für den Neubau und die zwei Personalhäuser (Architekten F. Rickenbacher/W. Baumann) begannen. 37,7 Millionen Franken waren dafür bewilligt worden. Die Einweihung fand im Jahr 1967 statt.

Uni schliesst mit Gewinn ab

Hoher Anteil an Drittmitteln

Von Urs Rist

Basel. Die Universität Basel zeige im Jahr 2014 ein «konstant gutes Leistungsniveau, was durch die Analyse der massgeblichen Indikatoren bestätigt wird». Dies schreibt der Regierungsrat zur Berichterstattung der Universität über den Leistungsauftrag, von dem der Grosse Rat Kenntnis nehmen kann.

Die Beiträge der Trägerkantone beliefen sich auf 321 Millionen Franken, davon 161 Millionen von Basel-Stadt und 160 Millionen von Baselland. Bis zum Ende der laufenden Leistungsperiode im Jahr 2017 erhöhen sich die Beiträge auf 329,5 Millionen Franken, dabei steigt der Anteil von Baselland auf 169 Millionen. Denn der Standortvorteil zulasten von Basel-Stadt läuft aus. Aber Basel-Stadt habe Baselland wegen dessen Finanzsituation bis 2017 erneut ein Entgegenkommen in der Grössenordnung von zehn Millionen gewährt.

Die Universität schliesst das Jahr 2014 mit einem Gewinn von 6,7 Millionen Franken ab, das entspricht 0,9 Prozent des Gesamtaufwands von 707 Millionen Franken. Der Gewinn liegt fast doppelt so hoch wie 2013 (3,4 Millionen). Das auf 29,8 Millionen angestiegene Eigenkapital diene der Uni dazu, ihre Strategie 2014 umzusetzen.

Mehr Studierende anziehen

Gegen die Erhöhung der Studiengebühren um 200 Franken pro Semester seien Rekurse ergriffen worden, heisst es, sodass nicht sicher sei, ob die Uni über diese Mehreinnahmen verfügen wird. Der Gebührenertrag für 2014 beläuft sich auf 23 Millionen, das sind knapp zehn Prozent der 241 Millionen Franken, die nicht von der öffentlichen Hand stammen. Die kompetitiv erworbenen Drittmittel belaufen sich laut der Uni auf 101 Millionen, was einer Steigerung um rund 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Regierung hält dies für besonders erfreulich, auch der Fremdfinanzierungsgrad von 55 Prozent – alle Einnahmen ausser jene der Trägerkantone – sei hoch.

Die Zahl der Studierenden ist ganz minim auf 12 560 angestiegen und konsolidiert sich beim Szenario Midi, das mit 13 000 definiert wurde. Da die stark wachsenden Jahrgänge die Uni verlassen, müsse sie «angesichts der demografischen Situation überdurchschnittlich erfolgreich Studierende anziehen, um die gewünschte Zahl zu halten», schreibt die Regierung. Zugenommen hat die Zahl der Studierenden aus Baselland, während diejenigen aus Basel-Stadt und der übrigen Schweiz konstant blieben. Bei den Studierenden aus dem Ausland gab es einen Rückgang im Grundstudium, dafür nahm deren Zahl bei den Doktorierenden zu.

Die Zahl der Bachelorabschlüsse war mit 306 an der Philosophisch-Historischen Fakultät am grössten, während bei den Masterabschlüssen die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät mit 282 an der Spitze steht vor der Medizin mit 193 und der Juristischen Fakultät mit 145 Personen.

Nachrichten

200 neue Wohnungen im Lehenmatt-Quartier

Basel. Die vier prägnanten Hochhäuser im Lehenmattquartier sollen je einen 18-stöckigen Anbau erhalten. Dies berichtete das «Regionaljournal» SRF. Dadurch würden 200 zusätzliche Wohnungen entstehen. Die Bauarbeiten sollen im Jahr 2018 beginnen.

Basler SP gegen Vorlage der Unterflurcontainer

Basel. Die SP Basel-Stadt hat sich am Donnerstagabend nach einer kontroversen Diskussion gegen die Vorlage zur Abfallentsorgung mit Unterflurcontainern entschieden, über die am 14. Juni abgestimmt wird. Zwar begrüsst die Partei grundsätzlich die Idee, aber die Variante des Parlaments, dies als Projekt parallel zum bisherigen Entsorgungsmodell zu realisieren, bedeute unverhältnismässige Mehrkosten.

ANZEIGE



«Die Erbschaftssteuer-Initiative ist ein Angriff auf das Schweizer Unternehmertum und gefährdet das Erfolgsmodell Schweiz.»

Dominik O. Straumann, Geschäftsführer und Delegierter des Verwaltungsrates Straumann-Hipp AG, Basel

AM 14. JUNI
BUNDES ERBSCHAFTS STEUER
NEIN
Komitee
nein-zur-bundeserbschaftssteuer.ch

Mehr Lohn für jüngere Lehrer

Riehen gleicht die Abstufungen dem Kanton an

Von Rolf Zenklusen

Riehen. Vor allem jüngere Riehener Kindergarten- und Primarlehrkräfte bekommen ab dem 1. August mehr Lohn. Gemäss einem neuen Lohnsystem, das der Einwohnerrat am Mittwochabend beschlossen hat, fallen der Einstiegslohn und der Lohn in der Familienphase in Riehen leicht höher aus als beim Kanton. Die Lohnkurve für ältere Lehrkräfte flacht hingegen schneller ab als bisher. Gesamthaft verlangt das neue Riehener Lohnsystem nur leicht tiefere Löhne als beim Kanton.

Damit löse die Gemeinde ein Versprechen ein, erklärte Gemeindepräsident Hansjörg Wilde (parteilos). 2009, als die Gemeinde die Primarschulen und Kindergärten übernommen hat, habe man den Lehrkräften mit dem Kanton vergleichbare Löhne versprochen. «Ohne diese Änderungen hätten

wir Mühe, Lehrkräfte für den Kindergarten und für die Primarstufe 1 bis 3 zu finden», ergänzte Gemeinderätin Silvia Schweizer (FDP).

Die Fraktion CVP/GLP bemängelte, dass ein neues Lohnsystem für Lehrkräfte geschaffen wird: Besser wäre es, alle Gemeindeangestellten gleich zu behandeln. Der Antrag von CVP/GLP, nicht auf die Vorlage einzutreten, wurde aber hochkant abgelehnt.

Gemäss dem neuen System können Kindergartenlehrkräfte, die über «alte» Berechtigungen für Kindergarten 1 und 2 verfügen, ihren Kollegen mit der «neuen» Berechtigung für die Primarstufen 1 bis 3 gleichgestellt werden – aber nur, wenn sie eine Nachqualifizierung absolvieren. SP und SVP stellten die Frage, ob die vorgesehenen 100 Stunden für diese Nachqualifizierung genügen oder ob das eine «Schnellleiche» sei. In der Schlussabstimmung

genehmigte der Einwohnerrat das neue Lohnsystem einstimmig.

Tiefelöhne bei der Gemeinde?

Zu den weiteren Geschäften zählte eine Interpellation von Einwohnerrat Patrick Huber (CVP), ob die Gemeinde Riehen Tiefelöhne zahle. Huber wollte wissen, wie viele Mitarbeitende ein Jahresinkommen unter 48 000 Franken beziehen. Wilde erwiderte, der geringste Jahreslohn betrage 49 172 Franken brutto und entspreche dem Anforderungsniveau 1 ohne Berufsausbildung. In dieser Lohnklasse seien 60 Angestellte eingeteilt, rund die Hälfte davon in Teilzeitpens. Riehen bezahle marktconforme Löhne, die Zulagen für Familien und Sozialleistungen seien deutlich besser als in der Privatwirtschaft, betonte Wilde: «Von einer Tieflohnsituation kann nicht gesprochen werden.»